

Der eigentliche Grund für die Einladung zu einer Vortragsveranstaltung mit Diskussion war die Veröffentlichung meines Buches „Brandt aktuell“. Ich gebe hier in den NachDenkSeiten aus aktuellem Anlass vor allem den Teil über den neuen Konflikt zwischen Ost und West wieder, am Anfang ergänzt um die Einführung zum Ort und zum Buch. **Albrecht Müller**

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/140417_Rede_A_Mueller_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Manuskript des Vortrags:

Sie haben mich eingeladen, um über mein im Dezember erschienenenes Buch „[Brandt aktuell](#)“ zu sprechen und daraus zu lesen. Das Buch heißt so, weil es heute sehr aktuell ist und weil vor allem die politischen Vorstellungen und die Ethik eines Willy Brandt ausgesprochen aktuell geblieben sind. Klar, dass ich Ihnen die Lektüre dieses Buches guten Gewissens empfehle.

Der Untertitel dieses Buches lautet: „Treibjagd auf einen Hoffnungsträger“. Davon wird die Rede sein und von den Klischees, die über Willy Brandt verbreitet worden sind und werden. Und von dem, was wir von Willy Brandt für heute lernen könnten, wenn der Blick darauf nicht verstellt wäre.

Ich werde nach einer kurzen Anmerkung zu meiner Arbeit für Willy Brandt zeigen, wie sich in den Büchern von Historikern und Geschichts- oder Geschichten schreibenden Journalisten die Vorurteile über und gegen Willy Brandt durch Nachplappern verfestigt haben.

Dann wird darüber zu sprechen sein, was wir von dem früheren Bundeskanzler und Vorsitzenden der SPD lernen könnten, den letzten Teil des Vermächnisses, wo es um Krieg und Frieden geht, werde ich aus aktuellem Anlass ausbauen und einige meiner Vorstellungen davon entwickeln, was in der krisenhaften Situation von heute nötig wäre, wenn wir auch weiter in Frieden leben wollten.

Wir sind hier in Walzbachtal, in einer aus früheren Gemeinden zusammengefügtten Großgemeinde. Diese Gemeinde liegt im südlichen Teil des Kraichgaus. Die meisten Deutschen werden vermutlich nicht wissen, wo dieser überaus schöne Kraichgau liegt: Zwischen Odenwald und Schwarzwald und rechts vom Rhein. Das ist auch meine Heimat. Ich komme vom nördlichen Teil, von da, wo der Kraichgau kurz vor Heidelberg und vor dem

Neckartal an den Odenwald grenzt.

(...)

Weil über Willy Brandt und seinen Rücktritt viel Falsches erzählt und geschrieben wird, habe ich Material gesammelt und gelegentlich auch schon einen Artikel dazu geschrieben und auch in einer Dokumentation über den Wahlkampf 1972 analysiert, warum er scheiterte. Aber die aus meiner Sicht äußerst fragwürdige Geschichtsschreibung ging davon unbeeindruckt weiter. Als dann im Sommer 2013 ein neues höchst eigenartiges Buch eines geschichtsschreibenden Journalisten, nämlich das Buch von Hans-Joachim Noack, erschien, habe ich mich entschlossen, über die Treibjagd auf Willy Brandt zu schreiben.

Ich lese jetzt zunächst aus dem ersten Kapitel vor:

Warum dieses Buch?

Es war Rut Brandt, die den letzten Anstoß dazu gegeben hat, dieses Buch zu schreiben. Nils Johannisson, früher einmal Artdirektor der Werbeagentur ARE, hatte sie und ihren Lebensgefährten Niels Norlund im Juni 1998 in Norwegen besucht. Als Gastgeschenk brachte er mein Buch „Willy wählen 72“ mit. Er selbst war 1972 mit mir zusammen am Wahlkampf der SPD beteiligt gewesen und hatte auch das Buch mitgestaltet. Am nächsten Morgen berichtete Rut Brandt, sie habe die halbe Nacht mit der Lektüre zugebracht. An den abgedruckten Dokumenten könne man sehen, wie sehr Willy einer regelrechten „Treibjagd“ ausgesetzt gewesen sei.

Die Treibjagd im Wahlkampf von 1972 hatten seine politischen Gegner zu verantworten: die „offenen“ der Union, aber auch die mit ihnen sympathisierenden rechtsnationalen Kräfte aus Industrie und Wirtschaft, die viel Geld in die Hand nahmen, um den amtierenden Kanzler Brandt zu diskreditieren. Was bis heute wenigen bewusst ist: auch innerhalb der SPD wurde gegen Brandt agitiert - wesentlich verdeckter zwar, aber deshalb nicht folgenlos.

Am 18. Dezember 2013 wäre Willy Brandt 100 Jahre alt geworden. Eine Reihe weiterer Bücher, Filme und Hörfunksendungen über Brandt erscheinen. Dabei wird immer wieder auch über das Verhältnis von Brandt, Schmidt und Wehner spekuliert, der damaligen „Troika“. Doch die Demontage Brandts in seiner eigenen Partei und in der veröffentlichten Meinung wird nirgends so gewertet, wie man sie meiner Meinung nach werten müsste: als eine von Interessen geleitete Attacke.

Die meisten Sozialdemokraten haben das nicht bemerkt. Es liegt jenseits ihrer Vorstellungswelt, dass sich die Führungsriege der Partei, also der Vorsitzende und seine Stellvertreter, nicht gegenseitig stützen und Erfolg wünschen, sondern Misserfolge geradezu planen. Auch ich gehörte zu den „naiven“ Sozialdemokraten, die dachten, die Konkurrenz des Spitzenpersonals sollte Grenzen kennen.

Wenn sich politische Gegner außerhalb der eigenen Partei mit Gegnern in der eigenen Partei verbünden und dieser Verbund auch noch von einflussreichen Medien und Wirtschaftsinteressen gestützt wird, dann hat der betroffene Politiker keine Chance.

Bis heute erfahre ich, dass Autoren und Historiker diese von mir so erlebte und empfundene Treibjagd gegen den ersten SPD-Bundeskanzler nicht als solche erkennen wollen und können. Im Gegenteil: selbst Willy Brandt wohlgesonnene Biographen tragen die Vor- und Fehlteile, die damals gegen ihn lanciert wurden, weiter und verstellen damit den Blick auf sein politisches Vermächtnis. Auch manche Freunde des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers sind müde geworden, immer wieder gegen die gängig gewordenen Klischees und Vorurteile anzurennen: zum Beispiel den konstruierten Gegensatz zwischen dem „Träumer“ Willy Brandt und dem „Macher“ Helmut Schmidt.

Das ist schade, denn aus der Kanzlerschaft Brandts ließe sich für uns Heutige viel lernen. Sie fiel zusammen mit einer großen Zufriedenheit mit dem politischen Leben, und im Übrigen auch mit den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für Menschen, die bis dahin nicht auf der Sonnenseite lebten. Sehr viele Menschen interessierten sich für das politische Geschehen und beteiligten sich. Es war eine Zeit der Veränderungen und der Reformen im guten Sinne des Wortes – zu Gunsten der Mehrheit der Menschen. Willy Brandt war ein Glücksfall für unser Land und für seinen Politikbetrieb.

Sein Umgang mit den Menschen, seine Toleranz und Liberalität, sein Engagement für Versöhnung und Frieden im Innern und nach außen könnten wichtige Markierungen des Weges sein, den wir heute sinnvollerweise gehen könnten. Schon ein paar wenige seiner Slogans sagen viel aus: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“. „Mehr Demokratie wagen“. „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.“

Aber auch von Brandts strategischen Fähigkeiten und seiner praktischen Politik könnten wir viel lernen, wenn wir wollten.

Zum Beispiel könnten wir lernen, dass auf Egoismus und Spaltung und rigoroser Wahrnehmung der Interessen der Oberschicht eine gute und friedliche Gesellschaft nicht aufgebaut werden kann. Solidarität ist ungemein wichtig. Willy Brandt wusste das und warb dafür, diesen Grundwert ernst zu nehmen. Er wusste auch, dass man Menschen diese

Solidarität zumuten kann. Wirtschaft nahm er Ernst. Aber er erkannte, dass wirtschaftliche Kompetenz und Wohlstand nicht das Einzige ist, auf das Menschen Wert legen.

Zum Beispiel könnten wir lernen, dass man in der Politik strategisch denken muss. Die Entspannungspolitik gründete auf einem langfristig angelegten Politikentwurf. Wo ist das heute? Strategisch denken und planen können heute offenbar nur noch die neoliberalen Ideologen.

Selbst eingefleischte Brandt-Gegner haben in den sechziger und siebziger Jahren gespürt, welch ein grandioser Vorteil und eine Ehre es für einen Deutschen war, von einem Politiker repräsentiert zu werden, der quasi überall respektiert und sogar gemocht wurde. Und wie sieht das heute aus? Bei Angela Merkel?

Mir war vergönnt, einige Zeit eng mit ihm zusammen und für ihn zu arbeiten. Ich war schon aus professionellen Gründen gezwungen zu beobachten, mit welchen Methoden und welchen Parolen gegen ihn gearbeitet wurde. Ich musste damals schon aus beruflichen Gründen - ich war zunächst verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und den Wahlkampf Willy Brandts und dann Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt - die Vorwürfe analysieren und widerlegen, mit denen er immer wieder konfrontiert war.

Über Willy Brandt und seine Arbeit werden viele Märchen erzählt: Er sei ein Träumer gewesen und kein Macher. Intensive Schreibtischarbeit habe er vermieden. Er sei psychisch labil gewesen, depressiv, ja vielleicht sogar Alkoholiker. Er sei allein ein „Außen“-Kanzler gewesen und habe von Wirtschaft und von Innenpolitik wenig verstanden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Das war das, was man allgemein „Üble Nachrede“ nennt. Darauf, auf die Unterlassungen und Klischees der Historiker und Geschichten schreibenden Journalisten gehe ich in „Brandt aktuell“ ausführlich ein,

- auf den totgeschwiegenen Putschversuch des großen Geldes gegen Willy Brandt,
- auf das Totschlagargument Depression,
- auf die Unterstellung, Brandt sei ein Teil-Kanzler gewesen, er habe sich nur für Außenpolitik interessiert,
- er sei erfolglos im Inneren gewesen; der Mann, der zum Beispiel schon zehn Jahre vor dem Club of Rome 1961 Gedanken zum Umweltschutz entwickelte und mit Beginn seiner ersten Regierung 1969 diese umzusetzen begann,

- auf das Etikett „Willy Wolke“, er habe nichts vom Tisch gebracht, sei eben kein Macher gewesen
- und er habe sowohl seine Partei wie das Land nach links gerückt.

Diese und noch mehr Klischees werden immer neu wiedergekauft. Ich sehe darin eine Art von Entsorgungsversuch. Brandts Geist und Fähigkeit stört die Kreise der heute Herrschenden.

Ich gehe dann in „Brandt aktuell“ ausführlich auf das wahre Erbe Willy Brandts ein.

Hier als Anhaltspunkte ein paar Stichworte:

1. Brandt hat politisiert und politisches Interesse geweckt wie niemand vor ihm und nach ihm - die mit 91,1 % hohe Wahlbeteiligung und die einmalig hohen Mitgliederzahlen der politischen Parteien sind beredtes Zeugnis dafür.
2. Er hat dazu angeregt, mehr Demokratie zu wagen.
3. Er war in der Welt gut angesehen und hat dieses gute Ansehen auf uns übertragen.
4. Er hatte den Mut, sich gegen den Herrschaftsanspruch der finanzstarken Oberschicht zuzuwenden.
5. Brandt warb für Solidarität statt Egoismus.
6. Er integrierte, die zuvor revoltierende Jugend zum Beispiel,
7. und war die prägende Kraft des guten Vorbilds.
8. Ganz wichtig seine Mahnung:
„Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge.“

Darauf will ich ausführlich eingehen. Ich komme in diesen Zusammenhang zurück auf Walzbachtal und auf die dazugehörige Ortschaft Jöhlingen. Dieser Teil Ihres Dorfes hatte einmal einen hohen Anteil jüdischer Bevölkerung. Im Jahr meiner Geburt, 1938, mussten der Sohn eines aus Jöhlingen stammenden jüdischen Bürgers und seine Frau aus Mannheim, wo die Familie über Bruchsal hingezogen war, ins damalige Palästina fliehen. Er hieß Leopold Kahn, sie Lizzy. Sie hatten Glück. Ihre Flucht ersparte ihnen das Schicksal von Millionen anderer Juden, die von uns Deutschen umgebracht wurden. 20 Millionen Menschen in der früheren Sowjetunion kamen im Krieg um. Auch viele Franzosen, Belgier, Polen, Briten, Amerikaner. Viele Zwangsarbeiter mussten hier bei uns unter menschenunwürdigen Verhältnissen schuften, auch in der Landwirtschaft und in den betrieblen des Kraichgaus.

Unzählige Deutsche wurden vertrieben, fielen wie zwei meiner Onkel im Krieg oder starben in bombardierten Städten. Ich war sechs Jahre alt, als wir in meiner Heimatgemeinde im nördlichen Kraichgau am Nachthimmel den Widerschein einiger bombardierten und brennenden Städte sehen konnten: nacheinander Mannheim, Heilbronn, Würzburg und Pforzheim. Allein in Pforzheim starben am 23. Februar 1945 ein Fünftel der Einwohner, 17.600.

Warum berichte ich davon: Weil ich den Eindruck habe, dass viele Menschen, die heute über den Konflikt um Ukraine und Krim sprechen, oder Journalisten, die darüber schreiben, nicht wissen, was Krieg bedeutet. Sie reden und schreiben leichtfertig vor sich hin und sie begreifen auch nicht, welche gefährliche Wegstrecke wir alle in Europa auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg hinter uns gebracht haben. In Zeiten der Abschreckungspolitik und der Hochrüstung. Sie wissen nicht mehr, wie wichtig eine Person wie Willy Brandt war, um unser Land in ruhige, sichere Gewässer zu bringen.

Für mich waren, als ich mit zwölf Jahren begann, mich für Politik zu interessieren, die drei Worte „Nie wieder Krieg“ keine Parole, sondern eine wichtige politische Richtschnur. Damals, nach 1945, gab es auch in Deutschland Menschen und politisch einflussreiche Menschen, die diese Erfahrung nicht ernst nahmen, die davon schwärmten, man könne einfach weitermachen, Deutschland im Verein mit den westlichen Alliierten gegen die schon seit dem Ersten Weltkrieg und zur Nazizeit verhassten Sowjets, Kommunisten, Russen.

Es war schwer, sich mit Stalin und anderen Machthabern im Osten zu vertragen. Aber die neue Konfrontation Ausgangs der vierziger und dann in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts war nicht nur die Folge des Stalinismus im Osten, sondern auch eine Folge des ideologischen Starrsinns im Westen. Der drückte sich in der Vorstellung aus, man könne in einem Rollback, wie man es nannte, im Osten Europas mit den Kommunisten aufräumen. Das war der Geist, der die fünfziger Jahre prägte. Konfrontation, Hass, Hetze. Kriegsverherrlichung - Ich hatte einen solchen kriegsbegeisterten Lehrer am Gymnasium in Heidelberg. Niemand schützte uns Schüler damals vor der verherrlichenden Indoktrination solcher Leute.

Auch die Vorstellung, wir hier im Westen seien die Guten, und die Russen seien die Bösen, war unerträglich. Es gab damals schlimme Reden und Plakate, auf denen die Russen wie Untermenschen dargestellt worden sind. Wie Putin heute.

Die Konfrontation gipfelte im Mauerbau und in einer Unzahl von Schießereien an der Grenze.

Schon vor dem Mauerbau und dann erst recht danach, genau vor 50 Jahren, haben Willy Brandt und ein Kreis seiner Mitarbeiter eine neue Konzeption erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Sie lautete: „Wandel durch Annäherung“. –

Das meint: mit dem Osten, mit dem vermeintlichen Feind zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise dort Wandel möglich zu machen. Das war eine langfristig angelegte Strategie und sie war fruchtbar, und sehr erfolgreich.

1966 begann Willy Brandt als Außenminister einer großen Koalition mit der so genannten Ostpolitik, mit dem Versuch, Verträge mit den Völkern Osteuropas abzuschließen. Sich zu vertragen, sich zu versöhnen. Eine Voraussetzung dafür war, sich in die Lage dieser Völker zu versetzen und d.h. auch zu begreifen, was es bedeutet, wenn eine Völkergemeinschaft wie in der Sowjetunion 20 Millionen Menschen verloren hat. Und was es zum Beispiel für Polen und das damalige Jugoslawien bedeutete, von deutschen Truppen, von der SS und der Nazierrschaft besetzt, zerstört, verfolgt zu sein.

Wichtige Elemente der Ostpolitik waren der Gewaltverzicht und so genannte vertrauensbildende Maßnahmen

Die neue Ostpolitik mündete in einer engen Zusammenarbeit zwischen den früheren Gegnern in Ost und West. Nach den Verträgen mit Moskau, Warschau, Prag ging es in der so genannten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit weiter und dann in der daraus folgenden Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der OSZE.

Das Konzept „Wandel durch Annäherung“ funktionierte. Die Konfrontation wurde abgebaut und der Osten veränderte sich bis hin zur Auflösung der Sowjetunion – nicht durch Gewalt, nicht durch Rüstung, sondern durch Sich-verstehen. Der Eiserne Vorhang verschwand und die Mauer wurde geschliffen.

Zwei Monate nach dem Mauerfall fand dann im Dezember 1989 ein SPD Parteitag in Berlin statt, auf dem das Berliner Grundsatzprogramm verabschiedet wurde. Ich lese Ihnen vor, was damals zum Thema Sicherheit und Frieden beschlossen worden ist. Und sie werden fragen, wo diese Einsichten geblieben sind:

Auszüge aus dem Berliner Grundsatz Programm der SPD, beschlossen am 20. Dezember 1989 in Berlin:

„Gemeinsame Sicherheit

Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.

Kein Land in Europa kann heute sicherer sein als der mögliche Gegner. Jeder muss also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen. Darauf beruht das Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Es verlangt, dass jede Seite der anderen Existenzberechtigung und Friedensfähigkeit zubilligt.

Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Gemeinsame Sicherheit will Bedrohungsängste abbauen und die Konfrontation der Blöcke überwinden.

Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbarer Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit. Der Umbruch in Osteuropa verringert die militärische und erhöht die politische Bedeutung der Bündnisse und weist ihnen eine neue Funktion zu: sie müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Diese eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.

(...)

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen.

(...)

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muss eine Zone des Friedens werden.“

Soweit das Berliner Programm der SPD.

Die weiteren Verhandlungen und Abreden im Zuge der dann 1990 folgenden deutschen Vereinigung entsprachen dem Geist der Zusammenarbeit und

gemeinsamen Sicherheit.

Die Führung der Sowjetunion, namentlich der damalige Präsident und KPdSU Generalsekretär Gorbatschow machten viele Zugeständnisse. Sie waren offener und freundlicher gegenüber der deutschen Vereinigung als zum Beispiel die britische Premierministerin Thatcher und der Franzose Mitterrand.

Sie hofften auf ein Ende des Ost-West-Konfliktes und eine Integration von ganz Europa.

Das war auch die Vorstellung des SPD Grundsatzprogramms und übrigens ähnlich auch bei Kohl.

Gemeinsame Sicherheit. Ganz Europa eine Zone des Friedens. Ende des Ost-West-Konfliktes.

Auf mittlere Frist auch Auflösung der NATO. Nicht gleich. Jedenfalls aber ihre Begrenzung auf Deutschland. Schon die Ausdehnung auf die damalige DDR war ein Zugeständnis der Sowjetunion an den Westen.

Und dann?:

Zunächst das positive: die wirtschaftliche Zusammenarbeit insbesondere Deutschlands mit Russland und mit anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion lief gut an. Gegenseitige Verbindungen und gegenseitige Abhängigkeiten sind entstanden. Und das ist gut so.

Ansonsten:

Eine Abfolge gebrochener Versprechen gegenüber Gorbatschow und der sowjetischen und später der russischen Führung:

- Ausdehnung der NATO bis an die Grenze Russlands, auf Polen, Tschechien, Slowakei, die baltischen Staaten und nahezu alle Staaten des Balkans bis hin zu Rumänien und Bulgarien.
- Verhandlungen und Vorbereitungen für den Beitritt von Georgien und der Ukraine.
- Ausdehnung der Europäischen Union ebenfalls in diese Länder. Sachlich gerechtfertigt war diese Erweiterung in vielen Fällen nicht. Dahinter stecken außenpolitische Motive. EU Ausdehnung - die EU als Vorreiter, immer auch als der siebte Himmel, der in der Wirklichkeit dann ganz mies aussieht - zumindest für die

Mehrheit der Völker.

In der Krise um Ukraine und Krim ist die Differenz zwischen der Sicht des US-geführten Westens und Russlands aufgebrochen.

Putin hat die Enttäuschung in seiner Rede zur Annexion der Krim am 18.3.2014 artikuliert, und die Wende der russischen Politik im Umgang mit dem Westen begründet.

Bei uns, im so genannten Westen, fallen Grundlagen, Absichten, Interessen offensichtlich weit auseinander:

Zum einen gibt es jene, die zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit und des Endes der Konfrontation zwischen Ost und West stehen und dieses für richtig halten. Dazu gehören sowohl junge und als auch meist ältere Menschen wie Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Egon Bahr, auch Genscher.

Zum andern gibt es jene, die aus verschiedenen Interessen an einer weiteren Konfrontation interessiert sind:

- weil sie weiter vom Rollback, also dem Zurückdrängen der Russen träumen. Das ist die Fortsetzung der Ideologie und des Denkens der fünfziger und vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts.
- Weil die Rüstungsindustrie Konfrontation und kriegerische Auseinandersetzung braucht.
- Weil die USA und dort insbesondere rechtskonservative Kräfte ihre Weltherrschaft festigen wollen und dabei ein starkes Russland stört.
Der frühere CDU Abgeordnete und parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Willy Wimmer hat von einer einschlägigen Konferenz in Bratislava schon in einem Brief vom 2.5.2000 dem deutschen Bundeskanzler Schröder berichtet. Zum Beispiel dort Ziffer 7.: „Es gelte bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.“ - Wimmers Fazit: „Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo Internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.“

Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der Zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.“

Die Veranstaltung, von der Wimmer berichtete, war gemeinsam vom US-Außenministerium und dem außenpolitischen Institut der republikanischen Partei veranstaltet worden.

- Damit sind wir bei einem weiteren Grund für die neue Konfrontation: die rechtskonservativen Kräfte in den USA wie auch bei uns brauchen die Konfrontation und damit die Unterscheidung in Böse dort und Gut hier, um sich in diesem Konflikt als herausgehoben und gut spiegeln zu können. – Das ist eine Weisheit und Erfahrung, die wir sogar im täglichen Umgang mit anderen Menschen machen können: wenn wir diese als böse darstellen, dann erscheinen wir automatisch als besser, als gut. Und je schlimmer die Verhältnisse in den USA und ihre Operationen in der Welt werden, umso mehr brauchen sie die Selbstbespiegelung in der Konfrontation mit dem angeblich Bösen. Das macht Guantanamo, das macht die Folter des CIA, das macht die Drohnen-Angriffe und die Nutzung von Einrichtungen in anderen Ländern wie zum Beispiel von Ramstein in Rheinland-Pfalz, das macht den täglichen Mord und Totschlag in den USA zweitrangig, bringt es zum Verschwinden hinter dem Feindbild des Gegners. Ein klassischer Trick.

Der Trick funktioniert, weil es auch bei uns die ideologisch eingefärbten rechtskonservativen Kräfte gibt, die sich in Feindseligkeiten gegenüber den Russen spiegeln - als Menschenrechtsverfechter und Demokraten.

Typisch dafür ist Schäuble. Der legt einfach die Platte der Jungen Union aus den fünfziger Jahren neu auf. Der damalige Antikommunismus wird auf die Russen übertragen. Damals und später wurden die Sozialdemokraten und die Pazifisten als fünfte Kolonne Moskaus dargestellt. Heute vergleicht Schäuble Putin mit Hitler.

Das kommt an den Stammtischen in Schäubles Heimat, im Murgtal und sonst wo, an.

Der Trick funktioniert, weil sich die USA bei uns ein Netz von Helfershelfern aufgebaut haben.

Dazu gehören erstaunlich viele, die einmal links eingefärbt waren: Joschka Fischer, Bütikofer vom früheren KBW, also vom kommunistischen Bund Westdeutschland. Ebenso

der Chef der Grünen Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, Fücks. – Der arme Heinrich Böll. Der Demonstrant vor den Toren von Mutlangen würde sich im Grabe umdrehen, wüsste er, was in seinem Namen heute betrieben wird.

Joschka Fischer wirbt für eine Politik der Stärke. „Europa, bleibe hart!“, so war eine Kolumne für die Süddeutsche Zeitung überschrieben. Denn Sanftheit werde in Moskau als Ermutigung begriffen. Fischer plädiert für einen Abbau der Energieabhängigkeit. Europa solle seine Investitionen in Russland zurückfahren. Die EU müsse sich als „machtpolitischer Akteur“ verstehen. Und die EU-Erweiterung sei ein notwendiger Bestandteil der Sicherheit der Europäischen Union.

Mit der früheren Versöhnungspolitik, mit dem Versuch, sich in die Rolle der andern zu versetzen, hat dies alles nichts mehr zu tun.

Die Rolle der Medien. Massive Propagandaschlachten.

Ähnlich wie Fischer tönt ein Netz von Journalisten. Dazu gehören Kleber vom ZDF, Kornelius von der Süddeutschen Zeitung reihenweise Redakteure von Spiegel und Spiegel online und selbstverständlich die Bild-Zeitung. In den NachDenkSeiten haben wir beschrieben, wie dieses Netz aussieht. Siehe [hier](#) und [hier](#).

Ich wiederhole:

Die USA und ihre deutschen ideologischen Helfer setzen da an, wo sie schon in den fünfziger Jahren waren: Rollback statt gemeinsamer Sicherheit.

Das könnte einem ja egal sein, wenn diese Entwicklung nicht gefährlich wäre.

Kriegsgefahr?

Darüber gibt es einen kleinen Disput auch unter Freunden in Deutschland: Egon Bahr, dem ich in diesen Fragen sehr verbunden bin, meinte in einem Interview mit dem Heutejournal, er sehe keine Kriegsgefahr. Denn wir bräuchten das Gas der Russen und die bräuchten unser Geld.

Ich fürchte, Egon Bahr hat die Dynamik der Entwicklung verkannt. Er hat zum ersten schon nicht beachtet, dass es bei uns Leute wie zum Beispiel Oettinger und Joschka Fischer gibt, die ernsthaft empfehlen, die wirtschaftlichen Verflechtungen zu verringern. Siehe oben.

Egon Bahr übersieht weiter, dass kriegerischer Auseinandersetzungen großen Ausmaßes aus kleineren Scharmützeln folgen können, wenn das große Vertrauen zerstört ist. Konkret

zum Beispiel: wenn eine rechte Gruppe aus der Ukraine eine russisch-stämmige Familie oder mehrere massakriert, und dann die russische Verwandtschaft in der Ukraine zurückschlägt, und ethnische Ukrainer sich wieder rächen usw. Oder wenn Russischstämmige in der Ostukraine für Russland demonstrieren und Gewalt anwenden, und die Regierung in Kiew eingreift. – Wie will man solche kleinen Konflikte beschränken können, wenn die Drähte zwischen den großen Akteuren, also zwischen Obama und Putin zum Beispiel nicht mehr gut und vertrauensvoll funktionieren. Oder wenn hinter den jeweiligen Akteurinnen an der Spitze andere Gruppen stehen, die den Konflikt anheizen. Bei Obama zum Beispiel die Rechten in seiner Partei oder Republikaner, auf die er angewiesen ist. Oder in Russland irgendwelche Veteranenvereinigungen oder Generäle.

Auch bei uns ist die Kenntnis dessen, was Krieg bedeutet, geschwunden. Deshalb habe ich zuvor so viel davon gesprochen, was Krieg bedeutet.

Was wäre nötig:

1. Keine neue Aufteilung in Ost und West. Schon in der Sprache abrüsten. Russland gehört zu Europa. Leider läuft es in andere Richtung.
2. Verstärkung der Zusammenarbeit
3. Stärkung der Abhängigkeit voneinander
4. Vertrauensbildende Maßnahmen – also auf keinen Fall Fortsetzung dieser albernen Sanktionen und keine Truppen- und Kampfflugzeugverlegungen an die Grenzen.
5. Bestärkung des Gewaltverzichts
6. Ergänzung um die Ächtung von außen betriebener Destabilisierung.
7. Abrüstung statt Aufrüstung.
8. Begrenzung der NATO, besser noch Rückzug. Keinesfalls Aufnahme Georgiens oder der Ukraine in die NATO.
9. Begrenzung der Europäischen Union, was aus Gründen ihrer inneren Entwicklung sowieso richtig ist.
10. Oder die dynamische Variante: Angebote an Russland, in der Europäischen Union und meinetwegen auch in der NATO mitzuwirken.

Schaffen wir eine neue Friedensbewegung auf der Basis der noch vorhandenen Elemente.

Reden wir offen über unser Problem der Abhängigkeit von den USA und machen wir uns möglichst frei davon. Machen wir ein Thema aus der Abhängigkeit.

Und machen wir ein Thema aus der Instrumentalisierung von Menschen, von Politikern, von

Auszug aus einer Rede/Lesung Albrecht Müllers auf Einladung der
SPD Walzbachtal mit Schwerpunkt Außen- und Friedenspolitik. |
Veröffentlicht am: 17. April 2014 | 14

Einrichtungen im Sinne des Neuaufbaus eines Konfliktes.

Öffnen wir den Menschen die Augen für die Gefährlichkeit dieser Entwicklung.